

SO SEHEN WIR ES

Herausgeber: SP Wädenswil
Postfach 552, 8820 Wädenswil
Druck: Printoset, Zürich
Erscheint 6mal jährlich
Nummer 2 / März 1984

Inhalt

Seite

Wädenswiler Ortsplanung in der Schlussrunde	1
Unter der Lupe: AAZ	2
Was will die Bankeninitiative	4
Onkel Wädi antwortet	5
Wettbewerb, Veranstaltungen, Wetter, Bäume für den Bahnhofplatz	6

59 70
SONDERBEILAGE: Umweltschutzkonzept der SP-Kantonsratsfraktion

PREIS: EINZELNUMMER FR. 1.50 / JAHRESABO. FR. 5.--

Wädenswiler Ortsplanung in der Schlussrunde

Am 2. April wird der Gemeinderat an einer Ganztagesessitzung über die neue Nutzungsplanung (Zonen- und Bauordnung) debattieren und entscheiden. Nachstehend geben die beiden SP-Mitglieder in der vorberatenden Raumplanungskommission, Sepp Dorfschmid und Hermann Koch, einige Gedanken zu ihrer Arbeit wieder.



BEMERKUNGEN ZUR NUTZUNGSPLANUNG

Mit der Nutzungsplanung wird festgelegt, wie der Boden genutzt werden soll. Für uns war dabei wichtig, dass

- Wohnzonen weder zu schwach (Einfamilienhäuser mit ihrem Landverschleiss) noch zu stark (Riesenkästen mit all ihren Problemen) genutzt werden
- charakteristische Bauten und Quartiere (Buck!) erhalten werden
- Wädenswil nicht zu einem Gross-Shopping-Center für die ganze Umgebung wird (Verkehrsprobleme, Aussterben der Quartierläden).

Mit der Planung wird aber nicht nur die Nutzung festgelegt, sondern zu einem Teil auch der Gewinn eingeschränkt, den Private aus dem Boden ziehen können. Oft ist diesen der Profit wichtiger als gemeinschaftliches Wohl. Sie müssen mit Gesetz und Bauordnung daran erinnert werden, dass Grundeigentum nicht schrankenlose Freiheit, sondern vor allem auch eine Verpflichtung darstellt.

Manchmal sind Vorschriften zwar auch Hindernisse für gute, kreative Pro-

jekte. Die Einzonungseuphorie der Hochkonjunktur und die Schuhschachtelarchitektur derselben Zeit, der Vergleich zwischen altem und neuem "Hirschen" und andern Bauten, die Art, wie die Umwelt verschmutzt und die Luft verpestet wird, zeigen uns, dass wir leider noch eine Weile nach dem Grundsatz "Vertrauen ist gut - Kontrolle ist besser" verfahren müssen. Dies zumal die Möglichkeiten des Bau- und Planungsgesetzes höchstens geeignet sind, die schlimmsten Untaten zu verhindern.

Grundsätzliche Probleme können damit kaum gelöst werden. Planungsgewinne werden weiterhin privatisiert, während die Kosten der Öffentlichkeit belastet werden. Die Distanzen zwischen Wohnort und Arbeitsplatz dürften weiterhin zunehmen. Die Versuchung, zu ihrer Ueberwindung das Auto zu verwenden, wird kaum abnehmen. Man wird auch weiterhin per Auto einkaufen, weil der Quartierladen fehlt.

Die Erstellung guter Bauten (bezügl. Nutzungsart, Bauqualität, Energie, Aussehen) kann kaum gefördert werden. Ein Ausnützungsbonus kann nur für

Fortsetzung auf Seite 6

Für alle Wädenswiler/innen, die hier nicht nur schlafen, sondern leben wollen, ist das Abonnement der einzigen Lokalzeitung, des "Allgemeinen Anzeigers vom Zürichsee", wegen der amtlichen Publikationen, Vereins- und Parteimitteilungen und der Inserate fast ein "Muss". Die redaktionellen Leistungen allerdings sind oft so dürftig oder plump-parteiisch, dass man als Leser zwischen Lachen und Aerger schwankt. "So sehen wir es" dokumentiert die zwei jüngsten Beispiele.

Allgemeiner Anlügen vom Zürichsee

So heisst die Wädenswiler Fasnachtszeitung. Bezüglich der Berichterstattung aus dem Gemeinderat könnte der "Anzeiger vom Zürichsee" dem Narrenblatt allerdings fast den Titel streitig machen. Beinahe in jedem Ratsbericht sind das Verständnis erschwerende Lücken, verzerrt wiedergegebene Voten und eigentliche Falsch-Informationen festzustellen. Bis jetzt haben wir nicht oder nur mündlich bei der Redaktion reklamiert, weil wir ja nicht kleinlich sein wollen. Diesmal kommen wir allerdings um eine Richtigstellung nicht herum. Wir beschränken uns dabei auf Passagen, die Anträge und Voten aus unserer Fraktion betreffen. Aehnliche Anmerkungen wären aber auch zur Zitierung anderer Ratsmitglieder anzubringen; nicht umsonst war auch schon aus anderen Fraktionen Unzufriedenheit mit der Ratsberichterstattung zu vernehmen. Unsere Kritik hat denn auch nichts damit zu tun, dass die politischen Sympathien der Berichterstatter Kurt Rohr und R.P.Müller nicht auf unserer Seite sind.

Beginnen wir mit dem schlimmsten Fehler: Josef Dorfschmid hat betreffend die Vorlage "Eisenhammer" natürlich nicht "Nicht-Eintreten" beantragt, sondern die Renovationsvorlage unterstützt. Die öffentliche Ausschreibung des Baurechts hat nicht J.Dorfschmid, sondern die RPK empfohlen; J.Dorfschmid wünschte eine Information des Gemeinderats über die vorgesehenen Bestimmungen des Baurechtsvertrags im Zeitpunkt der

Ausschreibung. Weil der Antrag auf Nicht-Eintreten nicht unbestritten war, konnte auch nicht "stillschweigend so beschlossen" werden, wie der Bericht behauptet, sondern es kam zu einer Abstimmung, in der der stadträtliche Antrag mit grossem Mehr gegen unsere Stimmen abgelehnt wurde.

Im Abschnitt über die Vermietung des Jugendheims wird mit schwammigen Ausdrücken nicht gezeigt, dafür ein konkreter Antrag aus unserer Fraktion unterschlagen. Hermann Koch habe "nochmals den Mietpreis anvisiert". Er hat beantragt, einen der Grösse, dem Alter und dem Zustand des Gebäudes angepassten Mietzins, maximal aber 100'000 Franken, in den Vertrag aufzunehmen. Weiter unten im Bericht taucht die Zahl 100'000 dann scheinbar völlig unmotiviert auf... "Liliane Goldberger kommentiert die abgegebenen Voten": Sie hat die geäusserte Absicht kritisiert, dem Bund mehr als nötig als Mietzins "abzuknöpfen" und daraus einen späteren Umbau zu finanzieren - das wäre entweder sinngemäss wiederzugeben oder dann wegzulassen.

Zu Hansjakob Furrers Zeiten haben wir uns gelegentlich über einen redaktionellen Kommentar geärgert, zu dem der Redaktor - als selber in der Gemeinde engagierter Politiker natürlich kein neutraler Beobachter - uns nur bedingt legitimiert schien. Immerhin war die eigentliche Berichterstattung damals korrekt und für einen unbeteiligten Leser verständlich. Was HJ.Furrer damals schaffte und die Berichterstatter/innen der grossen Zeitungen auf viel weniger Raum zustandebringen (vgl. beispielsweise NZZ vom 21.März 84), sollte man doch auch vom AAZ erwarten dürfen, auch wenn dieser - entgegen der kürzlichen Behauptung des Redaktors - auf lokaler Ebene keiner Konkurrenz ausgesetzt ist. Allenfalls könnte man ja die Ratsprotokolle abdrucken, womit die Leser zwar einige Tage später, aber dafür tadellos informiert würden...

Gemeinderatsfraktion der Sozialdemokraten und Gewerkschafter

Diese Richtigstellung hätte im AAZ erscheinen sollen. Sie war der Redaktion aber anscheinend zu peinlich. In der Zeitung las man nur Folgendes:

Berichtigung

Gemeinderat *Josef Dorfschmid* (SP) hat an der Parlamentssitzung am letzten Montagabend für und nicht gegen Eintreten auf die Renovationsvorlage «Eisenhammer» votiert. Hingegen stammt die Empfehlung auf öffentliche Ausschreibung des Baurechts von der RPK. Wir bitten, diese Fehler im Ratsbericht, der in den Nachtstunden verfasst wurde, zu entschuldigen.

Redaktion

Lesen Sie weiter auf der nächsten Seite

Dafür erhielt die SP-Fraktion folgenden Brief:.....

Im AAZ vom 24. März erscheint eine Berichtigung zu zwei Punkten des Ratsberichtes. Sicher werden Sie begreifen, dass wir uns nicht bereit erklären können, Ihren Brief im Wortlaut abzudrucken. Wir versichern Sie aber, dass wir Ihre Aeusserungen sehr ernst nehmen und suchen nach einem Weg, die Berichterstattung aus dem Gemeinderat künftig zu verbessern, wobei es nicht sehr einfach ist, die Wünsche der Parlamentarier und die Bedürfnisse der Leser auf einen Nenner zu bringen.

Man kann ja auch kurz und richtig schreiben.....

Die früheren Berichte waren sozusagen wörtliche Wiedergaben sämtlicher Voten und beanspruchten jeweils zwei bis drei Zeitungsseiten. Diese Form war - wie man von Lesern öfters hörte - wenig gefragt und dem Parlamentarier steht ja das Protokoll zur Verfügung. (...)

Wie wohl die andern Pressevertreter das Problem lösen? Man könnte z.B. die Referenten um ihre Notizen bitten...

Vielleicht muss bei dieser Gelegenheit doch auch darauf hingewiesen werden, dass man auf der Pressebank sehr oft Mühe hat, einige der SP-Sprecher zu verstehen, da sie uns den Rücken zukehren. (...)

Das zweite Beispiel

Redaktioneller Kommentar nach der Ablehnung der Zivildienstinitiative:

Es ist ein Glücksfall, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger auf den Versuch, die allgemeine Wehrpflicht zu untergraben, nicht eingetreten sind. Auch die hunderttausende von Wehrmännern, die Militärdienst leisten oder geleistet haben, verfügen über ein Gewissen, das sie jedoch veranlasst, die Bürgerpflichten wahrzunehmen. Militärdienst zu leisten, heisst Verantwortung übernehmen für Volk und Land, heisst Frauen und Kinder beschützen und dafür - im äussersten Fall - sein Leben zu opfern. Ob sich dafür etwas Gleichwertiges als Ersatzdienst schaffen lässt? Sicher nicht nach den Vorstellungen der Initianten und ihrer Mitläufer. Kurt Rohr

.. und ein Leserbrief dazu:

Die Lokalzeitung müsste der Ort sein, da die wichtigen Probleme unserer Stadt, die Zonenplanrevision sogut wie die Klärschlammverwertung, offen und fair diskutiert werden kann. Dass dieses Forum eher zufällig benutzt wird, hat sicher verschiedene Gründe. Einer davon ist sicher der einseitige Ton, in dem redaktionelle Kommentare oft abgefasst werden. Was der Redaktor am Abstimmungsmontag an Bemerkungen zur Zivildienstinitiative publiziert hat, darf nicht ohne Antwort bleiben. Wenn 37 Prozent der Wädenswiler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Initiative zugestimmt haben, so hätten sie dazu so ehrenwerte Gründe wie die 63 Prozent, die ablehnten. (...)

Theodor Wildbolz

Anmerkung der Redaktion: Wir meinen, dass die Diskussion im «AAZ» (die keineswegs eine Monopolzeitung ist, sondern sich wie alle anderen im Konkurrenzkampf zu behaupten hat) im Vorfeld der Abstimmungen vom letzten Wochenende beidseits reichlich geführt werden konnte. (...)

Sicher ist es die Aufgabe eines Redaktors, die Resultate von Wahlen und Abstimmungen objektiv wiederzugeben, was wir auch taten. Danebst ist es aber sein Recht in einem persönlichen Wort seiner Freude über den Ausgang einer Abstimmung Ausdruck zu geben, wie dies im Zusammenhang mit der Zivildienstinitiative geschehen ist.

Wie immer hat der Redaktor das letzte Wort. Armer Kurt Rohr! Wenn er nur noch "seiner Freude Ausdruck geben" kann, indem er Andersdenkende als verantwortungslose Mitläufer darstellt, ist er zu bemitleiden...

* Konkurrenz wäre auf lokaler Ebene doch höchstens Radio ZüriSee, das dem gleichen Verlag gehört. Oder meint KR etwa das "SO" ?

Eusi Zitiig:

Volksrecht

Sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Tageszeitung für Stadt und Region Zürich

Das **Volksrecht** ist die Tageszeitung für Umweltschützer. Für Friedensbewegte. Für SP-Gemeinderäte/innen. Für Wohnstrassen-Initianten/innen. Für Gewerkschafter/innen.

Das **Volksrecht** ist die Zeitung für alle, die täglich inserentenunabhängig informiert werden wollen. Für alle, die nicht nur mit dem rechten Auge in die Welt blicken.

Das **Volksrecht** könnte eine Tageszeitung für mich sein.

Ich bestelle

- ein Schnupper-Abonnement (3 Monate zum Preis von Fr. 20.-)
- ein Jahresabonnement zum Preis von Fr. 135.-

Vorname, Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Talon ausschneiden und einsenden an:

FREIER AARGAUER / VOLKSRECHT
Postfach, 5001 Aarau

Was will die SP-Bankeninitiative?

Am 20. Mai wird die SP-Banken-Initiative zur Abstimmung gelangen. Den betroffenen Banken scheint unsere Initiative recht eingefahren zu sein: Laufen sie doch schon seit Monaten mit einer massiven, millionenschweren Kampagne dagegen Sturm. Mit viel angstmachender Demagogie und wenig sachlichen Argumenten. Wir möchten daher rechtzeitig vor der Abstimmung wieder einmal in Erinnerung rufen, was die Banken-Initiative wirklich will. Wir fassen einen Artikel von Ruedi Winkler aus dem Presdienst der SP des Kantons Zürich zusammen.

LOCKERUNG DES BANKGHEIMNISSES

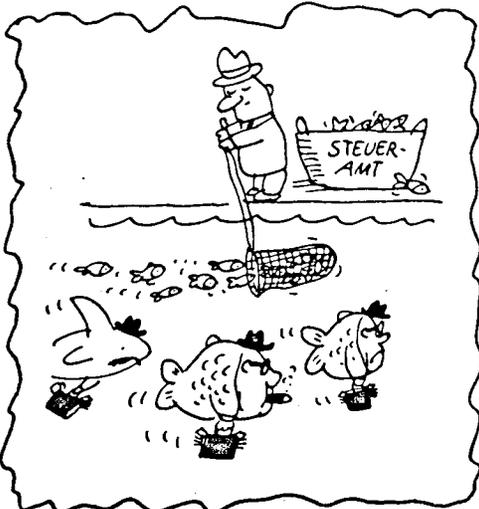
Im ersten, gewichtigsten Abschnitt geht es um die Lockerung, bei weitem nicht um die Aufhebung des Bankgeheimnisses.

Wie hartnäckig die Schweizer Behörden an diesen Bastionen festhalten wollen, beweist der Widerstand, den sie gegen einen Rechtshilfevertrag mit den USA leisteten, der erst nach jahrelangem Ringen und nach massiven wirtschaftlichen Drohungen seitens der USA zustande kam und in dem sich die Schweiz nur im Falle des organisierten Verbrechens verpflichtet, bei Steuerdelikten Hilfe bei der Beweiserhebung bei Schweizer Banken zu leisten.

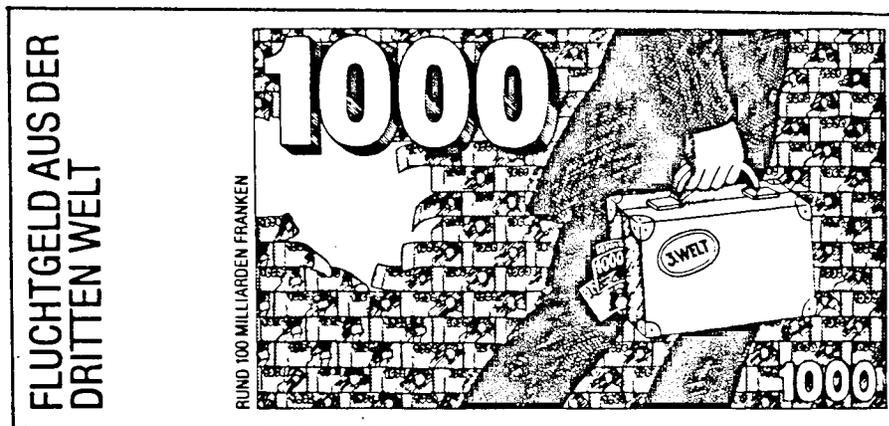
Wie aussichtslos da andere Länder und gar Entwicklungsländer mit ihren Anliegen dastehen, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden.

In diesem Umfeld kommt nun die Banken-Initiative und fordert die Aufhebung des Bankgeheimnisses dort, wo es zur Prellung der öffentlichen Hand im In- und Ausland dient.

BEKAEMPfung DER STEUERHINTERZIEHUNG



Im vor kurzem erschienenen Bericht des Bundesrates zur Steuerhinterziehung wollte dieser keine Zahlen über die Steuerhinterziehung nennen. Im Gegensatz dazu errechnete ein beratendes Organ der Schweizerischen Bischofskonferenz, die Kommission "Justitia et Pax", für 1978 einen Steuerausfall für Bund, Kantone und Gemeinden durch Steuerhinterziehung von 589 Millionen Franken. Für 1982



schätzt die Aktion Finanzplatz Schweiz hinterzogene Steuern von über 800 Millionen Franken.

Die Banken-Initiative will nun die Auskunftsspflicht der Banken so regeln, dass die Selbständigerwerbenden in Zukunft steuerlich gleich erfasst werden können wie heute die Arbeitnehmer mit dem Lohnausweis.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄET

Dass ein Bankgeheimnis, wie es heute in der Schweiz besteht, zusammen mit einem gut ausgebauten Bankensystem und dem politischen Umfeld in der Schweiz Fluchtgelder anziehen muss, liegt auf der Hand.

Die Aktion Finanzplatz Schweiz schätzt die Höhe des in der Schweiz hinterlegten Fluchtkapitals auf rund 120 Milliarden Franken. Die Banken hingegen sprechen von vernachlässigbar kleinen Beträgen.

Dom Helder Camara, brasilianischer Erzbischof, sagt 1971 in einer Rede in Zürich: "In Euren Banken gibt

es verschlüsselte Guthaben von einigen Reichen aus armen Ländern. Seid Ihr Euch dessen bewusst, dass an diesem Geld Tränen, Schweiß und Blut der Massen in den Entwicklungsländern kleben, die durch einige Euer sehr verehrten Kunden dazu verurteilt werden, unter menschenunwürdigen Bedingungen zu leben?"

Die Banken-Initiative will schmutzige Gelder aus dem Ausland, die aus Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung oder Devisenvergehen stammen, fernhalten, indem die Möglichkeit der Auskunftserteilung auf Gesuch der ausländischen Regierungen geschaffen wird. Der Schutz der Menschenrechte bleibt dabei vorbehalten.

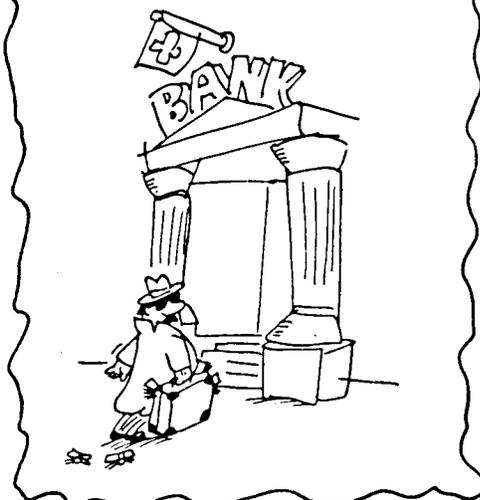
PUBLIZITÄET

Die Initiative verlangt, dass Banken und Finanzgesellschaften neben der Veröffentlichung ihrer ordentlichen Bilanzen, "auch konsolidierte Jahresrechnungen (veröffentlichen), wobei sie sämtliche Bewertungen offenlegen, die zur Bildung oder Auflösung von Reserven führen". Dass eine solche Forderung in unserem Land mit der traditionellen Geheimniskrämerei um Geschäftsabschlüsse auf Widerstand stösst, versteht sich. Zusätzlich sollen auch die Beteiligungen, der Wert der verwalteten und hinterlegten Kunden- und Treuhandvermögen, die ausgeübten Verwaltungsratsmandate und die Depotstimmrechte bekanntgegeben werden.

KONTROLLE DER VERFLECHTUNG

"Die Gesetzgebung erlässt Bestimmungen zur Begrenzung der Verflechtung zwischen Banken und andern Unternehmen", heisst es in der Initia-

Die Banken-Initiative will ausländische Schmutzgelder abwehren.



tive. Die Banken machen geltend, dass Engagements bei fremden Unternehmen äusserst minim seien und meist unfreiwillig (z.B. bei Sanierungen) eingegangen würden. Wenn damit der Artikel nicht von Bedeutung ist, stellt sich die Frage, warum sie ihn so bekämpfen.

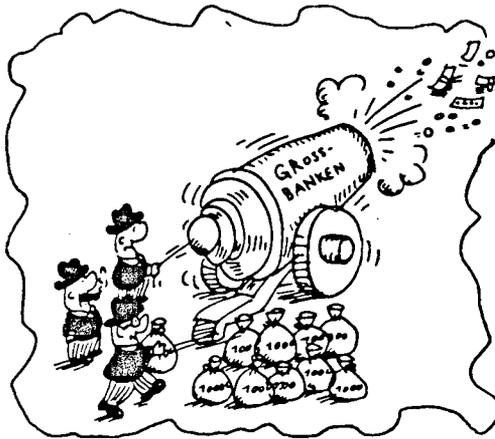
EINLAGENSCHUTZ

Soweit keine Staatsgarantie (Kantonalbanken) besteht, sollen die Einlagen der Sparer versichert werden. Diese auch im Vorentwurf des Bundesrates für eine Totalrevision des Bankengesetzes vorgesehene Versicherung wurde in der vor kurzem abgeschlossenen Vernehmlassung von den meisten Kantonen, dem Vorort, der Bankiervereinigung und den bürgerlichen Parteien abgelehnt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass dieses Anliegen in Anbetracht der gestiegenen Risiken gerechtfertigt ist.

WENN ES DEN HUND TRIFFT....

Wenn heute die Banken mit schwerem Geschütz gegen die Banken-Initiative auffahren, den Bürgerinnen und

Bürgern mit Arbeitsplatzverlusten drohen, von Verstaatlichung und Entwick-



lung zum "Schnüffelstaat" phantasieren und ganz allgemein der Initiative Dinge unterstellen, die schlicht nicht drin stehen, dann ist dies ein Hinweis, wie berechtigt die Anliegen der Initiative sein müssen. Wer ein gutes Gewissen hat, braucht nicht so masslos zu übertreiben.

Ruedi Winkler

Banken-Initiative⁵

Geld stinkt

Die Grossbanken und die Bankiervereinigung finanzieren seit Monaten politische Inserate, welche die Bankeninitiative bekämpfen. Allein im letzten Jahr haben die Banken schätzungsweise 3 Millionen gegen die Bankeninitiative ausgegeben.

Das gibt zu denken. Offensichtlich rentiert das Geschäft mit den schmutzigen Geldern und der missbräuchlichen Anwendung des Bankgeheimnisses.

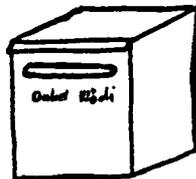
Initiative gegen den Missbrauch des Bankgeheimnisses und der Bankenmacht

JA

Volksabstimmung vom 20. Mai 1984

Unser Briefkasten für Ahnungslose

Onkel Wädi antwortet



Liebe Frau Meier

In Ihrem Brief von Ende März werfen Sie der SP vor, dass die Aktion "Spielplätze auf dem Seeplatz" reine Schaumschlägerei gewesen sei, da Sie seit damals nichts mehr davon gehört und gelesen haben.

Wir entschuldigen uns bei Ihnen für diese Funkstille. Leider sind wir nur bedingt dafür verantwortlich. Nach der Aktion haben wir die Petition dem Stadtrat übergeben, seither jedoch auch nichts mehr davon gehört. Dies heisst sicher nicht, dass die Stadt diese Idee in eine Schublade versenkt hat, die immer klemmt, wenn man sie öffnen will. Sicher wollte man auf der Stadt abwarten, bis der Schnee auf dem Seeplatz geschmolzen ist, um trockenen Fusses einen Augenschein vornehmen zu können.

Gerüchteweise verlautet auch, dass die Sportfischer der Stadt abgeraten haben, vor der Fasnacht in dieser Sache aktiv zu werden, da sie diese SP-Aktion an der nächsten Fasnacht auf's Korn nehmen wollen.

Seien Sie also unbesorgt liebe Frau Meier, bald wird die zuständige Stelle in der Angelegenheit "Petition für Spielplätze auf dem Seeplatz" aktiv werden. Bedenken Sie: "Gut Ding will Weile haben!"

«... ausgesprochen gut»

«Den schweizerischen Großbanken geht es, das zeigen selbst die ausgewiesenen Resultate und die berufsbedingten vorsichtigen Wertungen von Geschäftsleitung und Verwaltungsrat, ausgesprochen gut». «... enorme 82er Rückstellungen ... auch diesmal ... keineswegs im kleinsten Ausmaß ... nimmt der abschließliche Reservecharakter überhand ...»

NZZ 3./4. März 1984

Zur Erinnerung

haben wir allen Abonnenten/Abonnentinnen, welche die erste Rechnung zur Erneuerung des Abos verläuert, vergessen, verloren haben, eine zweite zugestellt. Möge sie kein ähnliches Schicksal erleiden!

Abschnitt - Coupon - Cedola

Fr. 5 c.

einbezahlt von - versés par - versatt da:

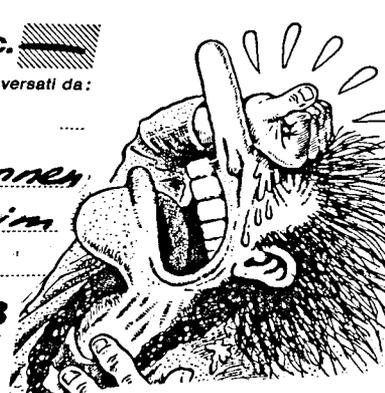
Giro aus Konto
Virement du c.ch. N°
Girata dal conto

50-Leserinnen
50-Leser im
Jahre 1984

auf Konto 80 - 62783
au compte
al conto

Sozialdemokratische Partei
Wädenswil

*Nur nicht gleich anschreiben!
Wir sind immer noch billig
- im Preis - als aber A&E!*



Azienda PTT
PTT-Betrieb

grosse Ueberbauungen gewährt werden. Fallen diese durch besondere Qualität auf?

Bilanz der Mitarbeit an der Wädenswiler Planung: Ernüchterung. - Nur: Wie würde man es besser machen?

Sepp Dorfschmid

GELD UND PLANUNG

Nach Verabschiedung der Nutzungsplanung wird der Briefkasten weniger voll sein, dies nicht nur wegen den jeweils vielseitigen Protokolle, die jeweils zugesandt wurden. Kurz nach dem Eintreffen der stadt-rätlichen Weisung kamen auch erste Briefe von Grundeigentümern, die mitteilten, dass sie mit dem vom Stadtrat gefällten Ent-scheid für ihre Liegenschaft nicht einver-standen seien. Dieses Vorgehen wird in

Rätselhafte Sozialdemokraten

Wieviel Geld haben die Banken im letzten Jahr schätzungsweise für den Abstimmungskampf gegen die Banken-initiative ausgegeben?

Wer das SO genau liest, sollte keine Mühe haben, diese Frage zu beantworten. Zahl auf eine Postkarte schreiben und bis spä-testens am 15. April einsenden an: SP Wädenswil, Postfach 552, 8820 Wädenswil

Lösung aus der letzten Nummer: Die Vase konnte mit dem Teil 6 geflickt werden!



Bäume für den Bahnhofplatz

Briefkastenontel ant-worlet auf Seite 5 über weitere SP-Aktionen....

Seit dem 23. März 1984 stehen nun in der näheren Umgebung des Bahnhofplat-zes alle 3 Bäume, die das Bauamt auf unsere Aktion hin zu pflanzen plante. Herzlichen Dank für die ra-sche Realisierung! Wir Sozialdemokraten dan-ken auch den Sportfischern, die unsere Aktion "Bäume für den Bahnhofplatz" als Fasnachtssujet-würdig emp-funden haben und mit ihrem Wagen am Umzug für unsere Idee Reklame betrieben ha-ben. Wir wünschen den Sportfischern für die kom-mende Saison "Petri Heil"!

AZ 8820 Wädenswil
Schweiz. Landesbibliothek
Hallwylstrasse 15
3003 B e r n

einer Demokratie akzeptiert. Als Kommissions-mitglied ist man dann informiert.

Mit massivem Druck fuhr die Firma Gessner ein: Sie konnte sich mit der beantragten



GESSNER AG
CH - 8820 WÄDENSWIL

Unterschutzstellung eines Teils ihrer Ge-bäude (alti Fabrik) nicht befreunden. Flugs lies sie ein "Gutachten" erstellen und teilte der Stadt - mit Kopie an die Fraktionspräsidenten - mit, dass sich aus dieser

Unterschutzstellung für die Firma Gessner ein Minderwert von 8 Millionen Franken er-gebe. "Für den Fall, dass die heutige Pla-nung vom Gemeinderat angenommen würde, müs-sen wir eine Entschädigungsforderung in dieser Höhe stellen, wobei nicht auszu-schliessen ist, dass aus betrieblichen und standortspolitischen Gründen in einem Schät-zungsverfahren noch höhere Beträge geltend gemacht werden müssen . (...)

Bei solchen Sätzen beginnt man jeweils am Demokratieverständnis gewisser etablierter Herren - immerhin ist alt Bundesrat und FdP-Mitglied Fritz Honegger im Verwaltungsrat dieser Firma - zu zweifeln. Demokratie wird anscheinend nur so lange akzeptiert, als sie für diese Herren nicht die eigenen finanziellen Interessen berührt!

Hermann Koch

VERANSTALTUNGEN

Freitag, 13. April: Generalversammlung der SP Wädenswil im Rest. Volkshaus um 20.00 Uhr.

Samstag, 28. April: Delegiertenversammlung der SP des Bezirkes Horgen. 14.00 Uhr im Schinzenhof Horgen.

Dienstag, 1. Mai: Tag der Arbeit. Maifeier in Thalwil

Mittwoch, 2. Mai: Fraktionssitzung um 20.00 im Rest. Volkshaus

Dienstag, 15. Mai: Parteiversammlung

Diensatg, 29. Mai: Fraktionssitzung

Montag: 18. Juni: Parteiversammlung

Bauernregel

Klebt am Stiefel noch der Dung, gibt es mit der Bäuerin Stunk.



Wetterprognose

Gleich und gleich gesellt sich gern, heisst es zwar. Trotz äusserlichen Ähn-lichkeiten stehen WETTERFRÖSCHE und Laubfrösche einander nicht näher, als die Sozis den Freisinnigen, bestätig-te sich der Quaker beim letzten gemein-samen Bad im Seerosenweiher. - Das Wetter macht was es will, veränderlich mit Regenschauern.

Der April macht sowieso was er will!